

# Swissmem – Strategische Rohstoffpolitik.

Ihr Interessenvertreter für einen starken  
Werk- und Denkplatz Schweiz



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Ausgangslage</b>	<b>2</b>
1.1 Die wichtigsten Metalle	3
1.2 Gründe und Ausmass der Preissteigerungen	4
1.3 Wirtschaftliche Landesversorgung	6
1.4 Swissmem-Umfrage	7
<b>2. Politische Ansätze in Europa</b>	<b>8</b>
2.1 Handelspolitik	8
2.2 Fallbeispiel China	9
2.3 Stahlstreit mit der EU	10
<b>3. Politische Ansatzpunkte in Deutschland</b>	<b>12</b>
3.1 Wichtige Akteure und ihre Rolle	12
a) Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)	12
b) Bundesverband der deutschen Industrie (BDI)	12
c) Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)	12
3.2 Elemente einer Rohstoffstrategie in Deutschland	13
a) Vernetzung verschiedener Politikbereiche verbessern	13
b) Handelshemmnisse abbauen, Wettbewerbsverzerrungen entgegenwirken	13
<b>4. Schlussfolgerungen für die Schweizer MEM-Industrie</b>	<b>15</b>
4.1 Massnahmen auf politischer Ebene	15
4.2 Fazit	16
<b>5. Quellenhinweise</b>	<b>17</b>

## 1 Ausgangslage

Ein Grossteil der Produkte, mit denen die MEM-Industrie auf den Weltmärkten erfolgreich ist, basiert auf metallischen Rohstoffen. Rohstoffversorgung ist demzufolge nicht nur auf die Energiepolitik bezüglich Öl und Gas beschränkt.

Da metallische Rohstoffe grösstenteils importiert werden müssen, ist die MEM-Industrie von den Rohstoffmärkten abhängig. Die kontinuierlichen Steigerungen der Rohstoff- und Energiepreise der vergangenen Jahre (momentan zwar gedämpft als Folge des weltweiten konjunkturellen Einbruchs) belasten den Werk- und Denkplatz Schweiz. Da die Überwälzung steigender Rohstoffpreise nicht überall möglich ist, sinken die Margen und verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

Angesichts des auch in Zukunft erwarteten weiteren trendmässigen Anstiegs der Energie- und Rohstoffpreise und der damit verbundenen Schwierigkeiten an den Beschaffungsmärkten sind Massnahmen auf Ebene der Unternehmen und der Branche sowie auf Staatsebene erforderlich. Alle diese Massnahmen können als «strategische Rohstoffpolitik» umschrieben werden.

Die Dokumentation beinhaltet zunächst eine kurze Analyse einzelner Rohstoffe. Anschliessend wird diese Thematik in einem internationalen Kontext betrachtet. Schliesslich wird ein Fazit für Swissmem gezogen.

### 1.1 Die wichtigsten Merkmale

	Verwendung	Regionale Konzentration der Produktion*	Unternehmerische Konzentration*
Eisenerz bildet die Grundlage für die Stahlherstellung und ist einer der entscheidenden Werkstoffe des technischen Zeitalters. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts wurde Eisenerz auch in Deutschland gefördert – heute sind die Vorräte erschöpft.	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Fahrzeugbau</li> <li>– Bauindustrie</li> <li>– Maschinenbau</li> <li>– Anlagenbau</li> <li>– Elektroindustrie</li> </ul>	Brasilien (22,3%) Australien (19,6%) China (15,1%) Indien (11,1%) Russland (7,4%)	CVRD (Brasilien, 18,5%) Rio Tinto (Grossbritannien, 9,4%) BHP Billiton (Australien, 8,6%) Cleveland Cliffs (USA, 2,5%) Anglo American (Grossbritannien, 2,4%)
Aluminium ist das in der Erdkruste am häufigsten vorkommende Metall. Wegen seiner geringen Dichte wird es eingesetzt, wenn Gewicht gespart werden soll.	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Luft- und Raumfahrt</li> <li>– Fahrzeugbau</li> <li>– Bauindustrie</li> <li>– Elektroindustrie</li> <li>– Lebensmittelindustrie (Verpackungen)</li> </ul>	Australien (34,0%) Brasilien (12,5%) Guinea (10,9%) China (10,2%) Jamaika (8,0%)	Alcoa (USA, 15,5%) Alumina Ltd. (Australien, 9,4%) Rio Tinto (Grossbritannien, 9,4%) BHP Billiton (Australien, 7,5%) Alcan (Kanada, 7,1%)
Kupfer wird mit Zinn zu Bronze legiert und mit Zink zu Messing.	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Elektroindustrie</li> <li>– Bauindustrie</li> <li>– Maschinenbau</li> <li>– Münzwesen</li> </ul>	Chile (35,3%) USA (7,6%) Indonesien (7,1%) Peru (6,7%) Australien (6,2%)	Codelco (Chile, 12,5%) BHP Billiton (Australien, 8,6%) Phelps Dodge (USA, 6,8%) Grupo Mexico (Mexiko, 5,8%) Rio Tinto (Grossbritannien, 5,4%)
Nickel wird wegen seiner Oxidationsbeständigkeit gern als Überzug für andere Metalle verwendet.	<ul style="list-style-type: none"> <li>– korrosionsbeständiger Stahl und andere Legierungen</li> <li>– Gasturbinen</li> <li>– Raketentriebwerke</li> <li>– Metallüberzüge</li> <li>– Münzen</li> <li>– Katalysatoren</li> <li>– Batterien</li> </ul>	Russland (20,7%) Kanada (13,7%) Australien (12,9%) Indonesien (10,2%) Neukaledonien (7,7%)	Norilsk Nickel (Russland, 17,7%) Inco (Kanada, 14,1%) BHP Billiton (Australien, 11,2%) Falconbridge (Kanada, 5,9%) Eramet-SLN (Frankreich, 4,4%)

Quelle: Spiegel Special 5/2006

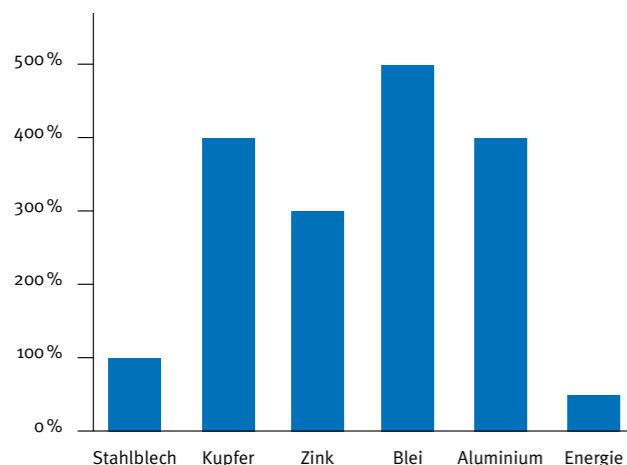
Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

\*Zahlen in Klammern= Anteil an der Weltproduktion 2005

## 1.2 Gründe und Ausmass der Preissteigerungen

### Preisniveau (2003–2007) Rohstoff- und Energiepreis-Steigerungen über 5 Jahre

Quelle: Ruag Holding



Die prozentualen Preissteigerungen über die letzten fünf Jahre sind massiv ausgefallen. Energieträger verteuerten sich um 50%, Stahlblech um 100%, Zink um 300%, Kupfer und Aluminium um je 400%, Blei um 500%. Bei der Firma Ruag beispielsweise verteuerte diese Entwicklung die Produktion seit 2003 um 35 Millionen Franken.

Preistreibend wirkt vorab die Entwicklung auf der Nachfrageseite: In den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) hat eine rasante Industrialisierung eingesetzt. Dieses Nachfragewachstum dürfte langfristig betrachtet auch in Zukunft anhalten und die Preise – zumindest trendmässig – weiter ansteigen lassen, trotz einer Erhöhung der Produktionskapazitäten. Noch mehr Sorge bereitet die zunehmende Konzentration auf der Anbieterseite. In einzelnen Märkten entstehen Oligopole, die ihre Preise diktieren können. Rohstoff- und Energiemärkte werden für die Finanzindustrie zunehmend interessant. Spekulationsgeschäfte verstärken ebenfalls den Druck auf die Preise.

## 1.3 Wirtschaftliche Landesversorgung

Aufgabe der wirtschaftlichen Landesversorgung ist die Bewältigung von Versorgungskrisen. Die Landesversorgung sorgt dafür, dass das wirtschaftliche Leben auch dann weiter geht, wenn Versorgungsengpässe entstehen, welche die Wirtschaft selber nicht mehr beheben kann. Durch gezielte Eingriffe schafft sie Rahmenbedingungen, die es der Wirtschaft erlauben, eine möglichst ausgewogene Versorgung auf reduziertem Niveau zu gewährleisten, so dass keine wirtschaftlichen Ungleichgewichte und sozialen Spannungen entstehen.

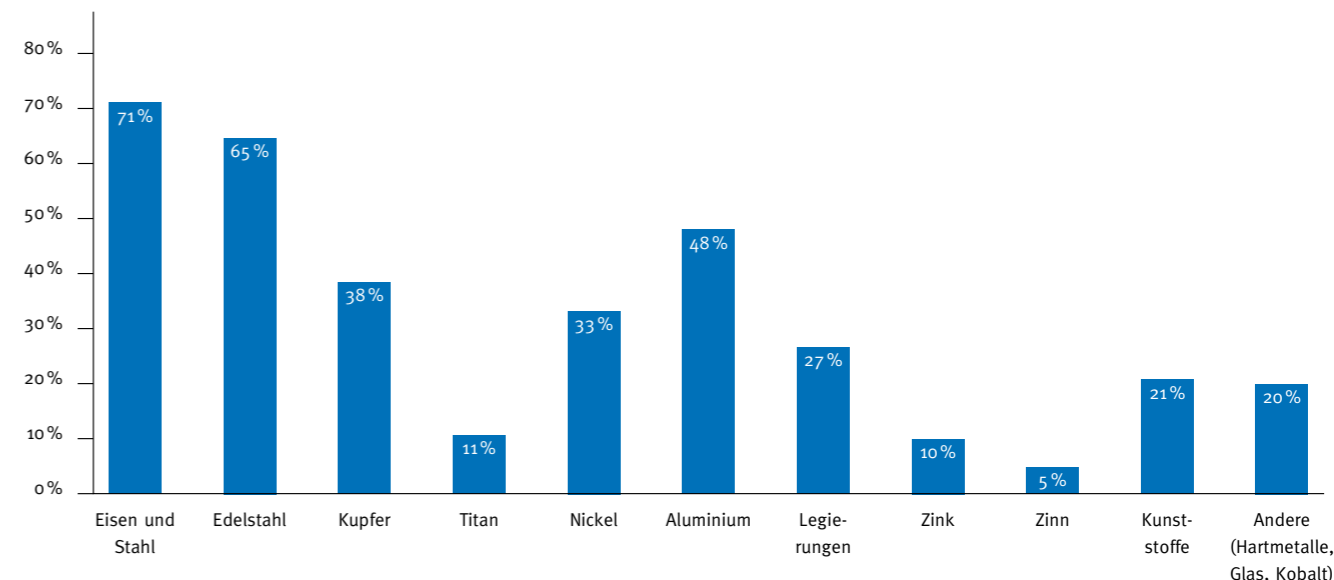
Ein länger dauernder Unterbruch oder Zusammenbruch dieser verletzlichen Versorgungskette stellt ein Risiko dar. Swissmem steht traditions-gemäss in engem Kontakt mit dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL).

Die Rohstoffbeschaffung ist jedoch primär Aufgabe der Firmen. Diese sind in der Regel gut auf die verschiedenen Marktzyklen in den Rohstoffmärkten vorbereitet.

Staatliche Interventionen, wie wir sie in der Schweiz mit dem Schrottexportverbot noch vor mehr als 20 Jahren kannten, führten zu einer fragwürdigen Quersubventionierung zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Diese sind daher nicht weiterzuverfolgen.

## 1.4 Swissmem-Umfrage

### Welche Rohstoffe sind für die Mitgliedfirmen wichtig?



Besonders wichtige Basiserzeugnisse für unsere Firmen sind Eisen und Stahl, Buntmetalle und Aluminium. Für Swissmem-Mitgliedfirmen ist von grosser Bedeutung, dass die «Supply Chain» auch bei Krisen (wie zum Beispiel politischen Krisen oder Terroranschlägen) optimal funktioniert.

Die Rohstoffversorgung ist für unsere Mitglieder ein wichtiges Thema der Aussenhandelspolitik. Gemäss einer im Herbst 2007 durchgeführten Swissmem-Umfrage bei 418 Mitgliedfirmen aus verschiedenen Fachgruppen stufen 67% der befragten Unternehmen diese Thematik als sehr wichtig ein. Sie wird gleich bedeutend eingestuft wie die Wechselkurs-thematik.

42% der befragten Swissmem-Firmen betrachten die Themen «Freihandelsabkommen und WTO» als sehr wichtig. Die Aussenpolitik muss sich dem veränderten Umfeld anpassen und die Rohstoffthematik beim Abschluss ausgewählter Freihandelsabkommen und in WTO-Diskussionen einbeziehen. China zum Beispiel ist bemüht, sich mit seiner offensiven Entwicklungspolitik als Fürsprecher der Entwicklungsländer zu profilieren.

Besorgniserregend wäre ein allfälliger weiterer Preisanstieg. Die Verfügbarkeit spielt ebenfalls für 40% der Unternehmen eine Rolle. Es besteht hingegen Konsens darüber, dass diesbezüglich kein Interventionsbedarf auf politischer Ebene notwendig ist, solange Rohstoffe an Börsen gehandelt werden und somit ein Marktpreis besteht. Vom Verband wird erwartet, dass er über die Entwicklung allgemein informiert und die Auswirkungen unter anderem bezüglich Preisentwicklung und Lieferzeiten kommuniziert. Die Unternehmen wünschen eine Verfolgung dieser Thematik auf europäischer Ebene.

## 2 Politische Ansätze in Europa

Für die europäische Industrie ist der Zugang zu Rohstoffen von zentraler Bedeutung. Zahlreiche Akteure und Regierungen haben die EU-Kommission aufgefordert, ein kohärentes politisches Konzept zur Rohstoffversorgung der Industrie auszuarbeiten.

### 2.1 Handelspolitik

Die Europäische Union kann Massnahmen als Schutzinstrument gegen unfaire Handelspraktiken bei Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Staaten erlassen. Die wichtigsten Definitionen sowie anhängige Verfahren sind der Homepage des österreichischen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit entnommen worden. Dort sind ebenfalls wichtige Begriffe beschrieben.

#### Dumping

Eine Ware gilt als gedumpte, wenn ihr Preis bei der Ausfuhr in die Gemeinschaft niedriger ist als am Inlandmarkt des Ausfuhrstaates (Normalwert).

#### Schädigung

Ein Wirtschaftszweig der Gemeinschaft wird bedeutend geschädigt, droht einen bedeutenden Schaden zu erleiden oder die Errichtung eines gemeinschaftlichen Wirtschaftszweigs wird erheblich verzögert.

#### Gemeinschaftsinteresse

Das Gemeinschaftsinteresse stützt sich auf eine umfassende Bewertung aller Interessen. Oft stehen die Interessen der verarbeitenden Industrie (der Verwender des betreffenden Produktes), des Handels und der Verbraucher denjenigen der Hersteller gegenüber.

#### Subvention

Vom Vorliegen einer Subvention wird ausgegangen, wenn eine Regierung im Ursprungs- oder Ausfuhrstaat eine finanzielle Beihilfe oder irgendeine Form der Einkommens- resp. Preisstützung für die Herstellung, die Produktion, die Ausfuhr oder die Beförderung einer Ware leistet.

### 2.2 Fallbeispiel China

Das weltwirtschaftliche Wachstum ist die wesentliche Determinante der Rohstoffhaushalte. Die Rolle Chinas zeigt dabei verschiedene Aspekte. Erstens ist die Importabhängigkeit Chinas bei vielen Rohstoffen geringer als bei anderen Ländern. Zweitens haben zahlreiche westliche Firmen ihre Produktion in dieses Land verlagert, so dass ein Teil des höheren Rohstoffverbrauchs von China darauf zurückzuführen ist. Die Swissmem-Fachgruppen sowie der Vorstand haben diesen Sachverhalt diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass Swissmem das Thema vor allem auf multilateraler Ebene verfolgen soll.

Andererseits knüpft China vermehrt bilaterale Handelsbeziehungen zu rohstoffreichen Staaten in Afrika und Lateinamerika. Diese offensive Handelspolitik umfasst Massnahmen in Form von wirtschaftlicher Hilfe wie Schuldenerlasse, Kredite mit geringen Zinssätzen, die Unterstützung von Infrastrukturprojekten etc. Im Sudan beispielsweise ist China der grösste Erdölförderer. Gemäss einem Bericht des Handelsblatts von Ende Januar 2007 stammt inzwischen ein Viertel der chinesischen Öleinfuhren aus Afrika.

Das Zentrum für chinesische Studien an der Universität Stellenbosch in Südafrika bietet Studiengänge über China und den afrikanischen Kontinent an. Eine Publikation vom November 2007 mit dem Titel «Chinas Engagement für Afrika: Aktuelle Bearbeitung afrikanischer Fallstudien» (unterstützt von der Rockefeller Foundation) analysiert das chinesische Engagement in Angola, Äthiopien, Gabun, Uganda, Südafrika und Zambia.

### Handelsbeziehungen zwischen Afrika und China in (1000) US-Dollar

	1996	1999	2006
Exporte nach China	1,464,48	5,540,71	28,767,62
Importe aus China	2,566,33	5,057,40	26,704,87

Quelle: Centre of Chinese Studies, University of Stellenbosch, S. 3, World Trade Atlas Data

Die Studie analysiert im ersten Kapitel die aktuellen Beziehungen zwischen China und Afrika. Erwähnt wird dabei das Kooperationsforum zwischen China und Afrika, das im Jahr 2000 gegründet wurde.

Folgende Massnahmen wurden von der chinesischen Regierung während der Versammlung des Kooperationsforums im November 2006 unter anderen in Afrika ergriffen:

- Die Implementierung eines Entwicklungsfonds von 5 Mia. US-Dollar, um chinesische Firmen zur Investition in Afrika anzuregen
- Die Aus- und Weiterbildung von 15'000 afrikanischen Fachkräften bis 2009
- Der Bau von 30 Spitälern und die Gewährung von Darlehen von 37,5 Mio., um die Malaria zu bekämpfen
- Die erweiterte Zulassung von gegenwärtig 2'000 auf 4'000 afrikanische Studenten (mit Stipendium) in China bis 2009

### 2.3 Stahlstreit mit der EU

Die EU-Kommission hat Mitte Dezember 2007 das erste Anti-Dumping Verfahren gegen China wegen Einfuhren gewisser Stahlprodukte eingeleitet und damit auf eine Klage vom europäischen Stahlverband eurofer ([www.eurofer.org](http://www.eurofer.org)) reagiert. Die Kommission hat zwischen zwei bis neun Monaten Zeit, erste Schritte einzuleiten. Die Prüfung des Antrags erfolgt in drei Stufen:

- 1 Einleitung des Verfahrens
- 2 Festsetzung eines vorläufigen Antidumpingzolls oder Antisubventionszolls
- 3 Festsetzung eines endgültigen Antidumpingzolls oder Antisubventionszolls

Der Zeitplan für ein Anti-Dumping Verfahren ist detailliert unter [www.mineco.fgov.be/organization\\_Market/dumping/home\\_de.htm](http://www.mineco.fgov.be/organization_Market/dumping/home_de.htm) beschrieben.

Der europäische Verband der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie Orgalime zeigt sich insgesamt skeptisch gegenüber der Anti-Dumpingklage der europäischen Stahlindustrie gegen China. Innerhalb der Europäischen Union sind die Meinungen über die EU-Sanktionen geteilt. Länder wie Frankreich und Italien sind für EU-Strafzölle gegen unfaire Praktiken, während in skandinavischen Ländern die Handelssanktionen als Instrumente des Protektionismus betrachtet werden.

Der deutsche Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) bezweifelt laut Medienberichten, dass Klagen Aussicht auf Erfolg haben. Der Exportpreis der chinesischen Anbieter liege gerade in den von Eurofer beklagten drei Fällen über dem Preisniveau in China, was dem Tatbestand des Dumping widerspreche. Zudem habe China in den vergangenen Monaten die steuerliche Bevorzugung von Stahlexporten aufgehoben und zusätzliche Exportzölle eingeführt. Es soll anhand eines rechtlichen Massstabes geprüft werden, ob Dumping vorliege. Handelspolitische Schutzmassnahmen hingegen hätten überwiegend negative Auswirkungen auf die mittelständischen Verarbeiter. Die europäischen Stahlhersteller sind aufgefordert, die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs anzunehmen.

China weist auf der Webseite des Handelsministeriums die Antidumping-Vorwürfe zurück und hofft, dass die EU-Kommission die Beschwerde mit grosser Umsicht prüft und auf die Einführung von Massnahmen verzichtet.

## 3 Politische Ansatzpunkte in Deutschland

### 3.1 Wichtige Akteure und ihre Rolle

#### a) Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

Die aktuellen Rohstoffthemen wurden bislang in zahlreichen verschiedenen Einzelgremien in Wirtschaft, Forschung, Politik und Verwaltung erörtert. Das Deutsche Bundesministerium ist dabei, die rohstoffwirtschaftliche Expertise zu bündeln. Es hat ein Forschungsvorhaben «Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen» im Jahr 2007 publiziert. Die wichtigsten Ergebnisse der Studie lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Rohstoffmärkte befinden sich gegenwärtig in einer Hochpreisphase, einem für die Branche typischen Zyklus. Die derzeit hohen Rohstoffpreise werden über kurz oder lang dazu führen, dass ein zusätzliches Angebot durch Öffnung von Bergbaukapazitäten und Investitionen in neue Bergwerke entsteht, was allenfalls längerfristig wieder für fallende Preise sorgen wird.

#### b) Bundesverband der deutschen Industrie (BDI)

Die steigenden Energie- und Rohstoffpreise waren Anlass für die Einsetzung der BDI-Arbeitsgruppe «Internationale Rohstofffragen»: Ihr Auftrag war es, Antworten auf die Frage zu finden, welche Ziele und Instrumente eine strategische Rohstoffpolitik Deutschlands haben sollte. Kernaussagen:

- Die multilaterale Handelspolitik muss dem Protektionismus entgegenwirken.
- Die bilaterale Handelspolitik soll in die Agenda der anstehenden bilateralen Verhandlungen aufgenommen werden (Indien, Südkorea).
- In der Aussenpolitik muss den handels- und wettbewerbsverzerrenden Praktiken entgegen gewirkt werden.

#### c) Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)

Die BGR ist als Fachbehörde des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die zentrale wissenschaftlich-technische Institution zur Beratung der Bundesregierung in allen georelevanten Fragestellungen. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe stellt Zahlen und Fakten als Bericht zur Rohstoffsituation in Deutschland bereit, die den Aussenhandel, den Verbrauch und die Versorgung Deutschlands mit mineralischen und energetischen Rohstoffen charakterisieren.

### 3.2 Elemente einer Rohstoffstrategie in Deutschland

#### a) Vernetzung verschiedener Politikbereiche verbessern

Um die rohstoffpolitischen Fragen effizient zu bearbeiten, müssen verschiedene Bereiche, die sich mit dieser Thematik befassen, innerhalb der Bundesregierung gebündelt werden. Gemäss einem Arbeitspapier der Bundesregierung vom März 2007 soll die Rohstoffpolitik dauerhaft einen grösseren Stellenwert erhalten. Zu diesem Zweck hat sie einen interministeriellen Ausschuss für Rohstoffe eingesetzt. In diesem Ausschuss wirken neben Wirtschafts- und Rohstoffexperten insbesondere Fachleute folgender Gebiete mit:

- Aussenwirtschafts- und Handelspolitik
- Entwicklungspolitik
- Umweltpolitik
- Europapolitik

#### b) Handelshemmnisse abbauen, Wettbewerbsverzerrungen entgegenwirken

Die Bedeutung der Rohstoffe als wichtige Finanzquelle für staatliche Investitionen hat dazu geführt, dass Länder handelspolitische Massnahmen ergriffen haben (z.B. Exportzölle), welche die jeweilige Industrie begünstigen und somit den Wettbewerb verzerren. Auf solche Verstösse gegen internationale Abkommen (zum Beispiel WTO) weist die Bundesregierung hin. Mögliche Handlungsinstrumentarien dagegen sind allerdings eher begrenzt.

Von grosser Bedeutung für die EU-Metallindustrie ist die neuste Mitteilung vom 22. Februar 2008 der Kommission (KOM 2008/108) an den Rat und das europäische Parlament über die Wettbewerbsfähigkeit der Metallindustrie. In diesem Dokument werden handelspolitische Aspekte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Metallindustrie behandelt. Diese Mitteilung stellt fest, dass in den letzten Jahren marktverzerrende Praktiken massiv angestiegen sind. Russland erhebt eine Abgabe von bis zu 50% auf die Ausfuhr von Schrott. Indien hat eine Ausfuhrabgabe auf Eisenerz eingeführt und in China ist es nicht zulässig, dass ausländische Firmen in der Stahlbranche einen Mehrheitsanteil halten. Zudem wurden in China Mechanismen eingeführt, welche die Ausfuhr von metallischen Rohstoffen beschränken bzw. den Einkauf im Ausland mit staatlichen Mitteln unterstützen.

Gegen derartige Praktiken muss die europäische Industrie mit allen verfügbaren Mitteln ankämpfen, da Firmen direkt betroffen sind, wenn die mit subventionierten Rohstoffen hergestellten Erzeugnisse zu Dumpingkonditionen auf den Weltmarkt kommen.

Die EU Kommission schlägt in ihrer Mitteilung folgende Massnahmen vor:

- Die Kommission nutzt weiterhin alle verfügbaren Instrumente, um Handelspraktiken, die gegen internationale Handelsvereinbarungen verstossen, anzusprechen.
- Die Kommission wird im Rahmen multilateraler und bilateraler Verhandlungen ihre Anstrengungen fortsetzen und sich der Praxis von Ausfuhrabgaben auf Metalle und Rohstoffe widersetzen.
- Die Kommission legt 2008 eine Mitteilung vor, in der sie sich mit der Verbesserung eines dauerhaften Zugangs zu Erzen und sekundären Rohstoffen auf europäischer sowie internationaler Ebene beschäftigt.
- Die Kommission verfolgt weiterhin einen engen Wirtschaftsdialog mit wichtigen Drittländern.

## 4 Schlussfolgerung für die Schweizer MEM-Industrie

### 4.1 Massnahmen auf politischer Ebene

Für Swissmem sind auf politischer Ebene folgende Massnahmen zu ergreifen, damit die Rahmenbedingungen für die Schweizer MEM-Industrie verbessert werden können:  
Die MEM-Industrie ist auf offene und wettbewerbsorientierte Beschaffungsmärkte für Rohstoffe und Energie angewiesen. Dieser Wettbewerb wird bedroht von marktmächtigen Unternehmen, wie oben erläutert, sowie von einzelnen Staaten, die durch gezielte Interessens- und Machtpolitik versuchen, einen bevorzugten Zugang zu wichtigen Ressourcen zu erhalten. Der Bundesrat wird daher aufgerufen, das Verhalten von marktmächtigen Unternehmen sowie von rohstoffexportierenden Ländern sorgfältig zu beobachten und bei Verstössen gegen die Regeln des freien Marktes entsprechend zu intervenieren und gegebenenfalls zusammen mit der EU oder dann im Rahmen der WTO vorzugehen. So kann die Politik aktiv für verbesserte Rahmenbedingungen für die Schweizer MEM-Industrie beitragen. Es geht somit nicht um dirigistische Staatseingriffe in die Märkte oder gar um Industriepolitik, sondern um die Vermeidung wettbewerbsfeindlicher Entwicklungen, die von marktmächtigen Unternehmen sowie von protektionistischen Praktiken einzelner Staaten ausgehen können.

Swissmem ist überzeugt, dass die WTO hier eine wichtige Aufgabe hat. So wäre die Gründung einer internationalen Kartellbehörde sehr zu begrüssen. Ein erster Versuch ist offensichtlich gescheitert, um im Rahmen der WTO eine solche Institution zu schaffen.

Im Weiteren muss die Energieabhängigkeit von Erdöl und Gas langfristig vermindert werden, indem Erdöl und Gas durch Strom ersetzt werden. Dazu braucht es nebst der Förderung der Energieeffizienz sowie der erneuerbaren Energien und der Erneuerung bisheriger Kraftwerke grundsätzlich auch neue Kapazitäten zur Stromerzeugung. Der Bau neuer Wasser- und Kernkraftwerke wird damit unumgänglich. Der Bund ist insbesondere dazu aufgerufen, ein klares politisches Signal für den Bau neuer Kernkraftwerke zu setzen und dafür zu sorgen, dass im Rahmen der vorgegebenen Verfahren keine Verzögerungen zur Realisierung neuer Kernkraftwerke entstehen.

### 4.2 Fazit

Die Bewältigung der Herausforderungen als Folge der Preiserhöhungen auf den Rohstoff- und Energiemärkten ist in einem marktwirtschaftlichen System primär eine unternehmerische Aufgabe, die der MEM-Industrie auch gelingen wird.

Mit Lobbying, Zurverfügungstellung des internationalen Netzwerkes und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt Swissmem die Mitgliedfirmen in ihren wirtschaftspolitischen Anliegen.

Angesichts der Gefahr protektionistischer Praktiken ausgewählter Staaten ist die Politik aufgerufen, im Interesse des Werk- und Denkplatzes Schweiz bei entsprechenden Verstössen gegen den freien Markt zu intervenieren und dabei gegebenenfalls zusammen mit der EU vorzugehen. So kann die Politik aktiv für verbesserte Rahmenbedingungen für die Schweizer MEM-Industrie sorgen.

## 5 Quellenhinweise

BGR, RWI, ISI (2005), Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, Forschungsprojekt Nr. 09/05 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

BGR (2005), Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Rohstoffwirtschaftliche Steckbriefe für Metall- und Nichtmetallrohstoffe, Hannover 2005

BGR (2007), Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Rohstoffwirtschaftliche Länderstudien, Heft XXXVI, Bundesrepublik Deutschland Rohstoffsituation 2006, Hannover 2007

BDI (2006), Bericht zur Verfügbarkeitssituation metallischer Rohstoffe und ihren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft

BDI (2007), Rohstoffsicherheits-Anforderungen an Industrie und Politik, BDI-Drucksache 395

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005), Thesen zur Rohstoffpolitik

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005), Bericht zur aktuellen rohstoffwirtschaftlichen Situation und zu möglichen rohstoffpolitischen Handlungsoptionen

Deutsche Bank Research (2006), Chinas Rohstoffhunger: Auswirkungen auf Afrika und Lateinamerika, Frankfurt am Main

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V (2007), Branchenreport Metallerzeugung und -bearbeitung, Stuttgart

IISI (2007), International Iron and Steel Institute, World Steel in Figures, Bruxelles

KOM(2008) 108 endgültig: Mitteilung der Kommission an den Rat und das europäische Parlament über die Wettbewerbsfähigkeit der Metallindustrie

UBS research focus Rohstoffe (2005), UBS Wealth Management Research, Zürich

UBS research focus Rohstoffe (2006), Knappheit im Überfluss, UBS Wealth Management Research, Zürich

University of Stellenbosch, Centre for Chinese Studies (2007): China's Engagement of Africa: Preliminary Scoping of African case Studies Angola, Ethiopia, Gabon, Uganda, South Africa, Zambia

Wirtschaftsvereinigung Stahl (2006), Statistisches Jahrbuch der Stahlindustrie 2006/2007, Düsseldorf

Aus der Tagespresse:  
China kauft sich in Afrika ein, Handelsblatt, Nr. 22, 31.01.2007; S.7  
Der Kampf um Rohstoffe, Spiegel Special Nr. 5/2006



Swissmem  
Kirchenweg 4, Postfach  
8032 Zürich

Telefon +41 (0)44 384 41 11  
Telefax +41 (0)44 384 42 42  
[www.swissmem.ch](http://www.swissmem.ch)  
[info@swissmem.ch](mailto:info@swissmem.ch)

Die Schweizer Maschinen-,  
Elektro- und Metall-Industrie